

Datum: 15.11.2004

Info Nr.: 087

Städte- und Gemeindebund zur Kinderbetreuung:

Klares „Nein“ zum Volksentscheid

Weitere Verschuldung gefährdet die Zukunft der Kinder

Burg/ Magdeburg, - Sachsen-Anhalts Städte- und Gemeindebund hat sich in ungewöhnlich deutlicher Weise zum Volksentscheid über die Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt geäußert. Landesgeschäftsführer Dr. Bernd Kregel: „Für die Städte und Gemeinden Sachsen-Anhalts kann die Antwort auf die Fragen zum Volksbegehren über das Kinderbetreuungsrecht in Sachsen-Anhalt nur ein klares NEIN sein. Die Finanzlage hat einen Punkt erreicht, der weitere Belastungen nicht mehr verkraftbar macht.“

Es treffe auch nicht zu, dass die geltenden Regeln die Bedürfnisse der Kinder außer Acht ließen, betonte Kregel. Vielmehr sei eine Einschränkung des Betreuungsangebots auf die tatsächlich erforderlichen Plätze ein Gebot der Sparsamkeit. „Wer in Sachsen-Anhalt einen Krippen-, Hort- oder Kindergartenplatz benötigt, bekommt diesen. Nach wie vor ist das Land „Spitze“ bei der Kinderbetreuung im ganzen Bundesgebiet.“ Die Kommunen in Sachsen-Anhalt leisteten hier

einen vorbildlichen Beitrag für die Familien, hob der Städte- und Gemeindebund hervor.

Randprobleme der Verwaltung ließen sich bei „gutem Willen“ von den betroffenen Gemeinden einvernehmlich mit den Eltern und Trägern regeln und benötigten keineswegs eine neue Gesetzesänderung, meinte der SGSA-Geschäftsführer. Das Land solle sich seinerseits bei Detailregelungen im Gesetz zurückhalten. Vielmehr gelte es, durch allgemein gehaltene Gesetze den Verwaltungen vor Ort Handlungsspielraum für Entscheidungen zu geben.

Kregel warnte davor, die Verpflichtung zu mehr Betreuung ohne entsprechenden Kostenausgleich einzuführen. „Das geht zu Lasten anderer kommunaler Leistungen, wie Sport- und Jugendeinrichtungen, Bibliotheken und Vereinsförderung. Die Finanzdecke der Gemeinden in Sachsen-Anhalt ist bereits gerissen,“ betonte Kregel. „Die Lasten für höherer Standards bei der Kinderbetreuung müssen in der Zukunft ausgerechnet die Kinder tragen, denen sie heute zugute kommen sollen.“ Eine zunehmende Verschuldung gefährde die Zukunft der Gemeinden und ihrer Kinder.